



## Ist der Grundsicherungsrelevante Mietspiegel noch zeitgemäß?



**Zur Historie:**  
Die ständigen gerichtlichen Auseinandersetzungen darum, was einem Empfänger von Grundsicherungsleistungen (landläufig unter Hartz IV bekannt) an Unterkunftskosten zustehen, hatten dazu geführt, dass sich die Städteregion Aachen vor einigen Jahren dazu entschlossen hatte, einen Grundsicherungsrelevanten Mietspiegel für die Städteregion Aachen entwickeln zu lassen. Damit sollten die Kosten der Unterkunft für die betreffenden Leistungsempfänger kalkulierbar und begrenzt werden.

Funktionsweise: In dem entwickelten besonderen Mietspiegel wurden für bestimmte Wohnungstypen örtlich Höchstkosten für Kaltmiete, kalte Nebenkosten und für die Heizkosten nach einem gerichtlich akzeptierten Verfahren festgelegt. Die Angemessenheit

dieser Kosten wurde durch dieses Verfahren beziffert.

Folgen: Alle diejenigen Leistungsempfänger, deren Mietkosten die jeweiligen vorgegebenen Obergrenzen überschreiten, werden dazu aufgefordert, ihre Mietkosten wieder zu senken. Dabei sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Nur, realistisch gesehen, existieren sehr wenig Möglichkeiten, der jeweiligen Mietgrenzenüberschreitung zu begegnen. Eine Möglichkeit wäre, preiswerteren Wohnraum zu finden. Der ist aber im vertrauten örtlichen Umfeld fast nicht mehr zu finden, weil sich seit dem letzten Jahr die Rahmenbedingungen innerhalb kurzer Zeit aufgrund hoher Zuwanderungszahlen bedeutend verändert haben.

Die Zwickmühle: Auf der einen Seite sollen Leistungsbezieher die Mietkosten begrenzen helfen, auf der anderen Seite erhöhen sich aufgrund der stets

steigenden Nachfrage die Mieten, ohne dass die Grundsicherungsempfänger dagegen etwas Entscheidendes tun können. Die logische Konsequenz ist die Aufforderung des Grundsicherungsträgers, die Mietkosten zu senken oder sich einen preiswerteren Wohnraum zu suchen. Den gibt es aber aus den zuvor beschriebenen Gründen nicht. Konsequenz für uns: Den aktuell gültigen Grundsicherungsspiegel

aussetzen, um damit der Furcht der betroffenen Menschen zu begegnen und ihnen damit die Sicherheit zu geben, ihre Wohnung behalten zu dürfen.

Damit wollen wir auch den Läufern auf Rechtsaußen den Rückenwind nehmen und den Schwachen in unserer Gesellschaft zeigen, dass wir sie nicht vergessen haben.

*Fortsetzung Seite 2*



## Für den Erhalt der Schwalbenschule

### Solidarität mit der Elterninitiative

Wie in der Eifel vielfach schon bekannt ist, hat sich die IG zum Erhalt der Kesternicher Grundschule, heute "IG Schwalbenschule" Ende 2014 zusammengefunden, um die drohende Schließung der Schwalbenschule im Simmerather Ortsteil Kesternich mit ca. 1.360 Einwohnern zu verhindern. Die Schule hat sich für die Inklusion in Form von gemeinsamen Unterricht (GU) engagiert.

Unter dem Motto "Erzählt mir

doch nicht, dass es nicht geht" wurden 1.300 Unterschriften für einen Einwohnerantrag im Gemeinderat gesammelt. Anfang April wurde dieser Antrag auf einer Ratssondersitzung in der Art eines "unwürdigen Schauspiels" für die Initiative mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

Die IG Schwalbenschule denkt nun darüber nach, ein Bürgerbegehren zu starten.

Die erforderlichen Unterschriften wären sicher kein Problem.

*Fortsetzung Seite 8*

## Masterplan 2018 für das MZ Würselen

Am 17. März 2016 wurde im Städteregionstag Aachen die Fortschreibung des „Masterplans 2018 für das Medizinische Zentrum Würselen (MZ) nach ausführlicher Debatte mehrheitlich befürwortet.

Neben bestmöglicher stationärer und ambulanter Krankenhausbehandlung hat das MZ als kommunales Krankenhaus außerdem eine besondere Verpflichtung als größter Arbeitgeber in der Region. Das

ist für beide Gesellschafter (Städteregion Aachen und Bundesknappschaft), die zu je 50 % Träger des MZ sind wesentlich. Medizinische, personelle, strukturelle, organisatorische, wirtschaftliche (steigender Kostendruck) sowie enorme Veränderungen der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erfordern eine umfassende zukunftsorientierte Konzeption für das MZ.

*Fortsetzung Seite 4*





## Der Armut Grenzen setzen Für eine soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen

Die Zahl ist alarmierend. Im aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird festgestellt, dass die Armutsquote in der Region Aachen 19,7 % beträgt. Damit liegen wir nicht nur über dem Landesdurchschnitt NRW (17,5 %), sondern verzeichnen auch die höchste Quote seit 2009. Natürlich ist eine wirkungsvolle Bekämpfung der Ursachen zunehmender Armut nur auf bundespolitischer Ebene möglich, denn hier wurde sie ja auch spätestens seit der unsäglichen Agenda

2010-Politik der Regierung Schröder verursacht.

Aber vor Ort muss die Kommunalpolitik alles tun, um die Folgen für die von Armut betroffenen Menschen zumindest abzumildern. Mit einem Ratsantragspaket unter dem Titel „Der Armut Grenzen setzen“ mit insgesamt sechs Anträgen will DIE LINKE dieses von der Großen Koalition in Aachen kaum beachtete Thema wieder in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Gefordert wird u. a. die Einrichtung eines Runden Tisches „Armut in Aachen“, dem VertreterInnen aus Verwaltung, Politik und Wohlfahrtsverbänden

angehören sollen, die Strategien und Konzepte zur Armutsbekämpfung erarbeiten, die über bisherige Maßnahmen hinausgehen. Auch sind Förderungen durch das Landesprogramm „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ verstärkt zu prüfen und zu nutzen. Ebenso wichtig ist die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, indem man niedrigschwellige Angebote in allen Stadtvierteln ausbaut. Eine Bedarfsanalyse der Schulsozialarbeit mit dem Ziel einer Verbesserung und Ausweitung dieser so wichtigen Arbeit und der Ausbau der musischen

Früherziehung sind weitere Themen des Antragspaketes. Schließlich thematisieren wir auch die Tatsache, dass durch den Bau des Aquis Plaza am Kaiserplatz günstiger Wohnraum vernichtet worden ist. Unsere Fraktion fordert diesbezüglich eine Soziale Erhaltungssatzung für Gasborn und Suermondtviertel.

Die hier vorgestellte Offensive gegen die Folgen von Armut wird einer der politischen Schwerpunkte der Aachener Ratsfraktion in der zweiten Jahreshälfte sein.

**Leo Deumens**, Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

### Fortsetzung: Mietspiegel

**Fazit:** Der gültige Mietspiegel berücksichtigt zur Zeit die Realitäten nicht, weshalb seine Anwendung auszusetzen ist. DIE LINKE-Fraktion im Städteregionstag wurde mit diesem Ziel aktiv. Ergebnis: Es soll immer eine Einzelfallprüfung erfolgen. Flattert dennoch wegen einer Mieterhöhung eine Aufforderung zur Mietkostensenkung ins Haus, muss man sich nicht widerstandslos fügen, sondern kann dem mit Zuversicht mit den hier angedeuteten Argumenten erfolgversprechend begegnen. DIE LINKE ist hierbei gerne behilflich und bietet mit der AG Soziales zudem eine Möglichkeit des Kundigmachens und des Engagements.

**Uwe F. Löhr**, Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Städteregionstag



# WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Haus der Städteregion • Zollenstraße 16 • 52070 Aachen

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag erhalten. Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

### Impressum:

WIR in der Städteregion  
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen  
e-mail:  
wir-redaktion@dielinke-aachen.de  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de  
postalisch:  
Fraktion DIE LINKE im  
Städteregionstag  
Haus der Städteregion, Zollenstraße 16  
52070 Aachen  
Redaktion  
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),  
Robert Boltz, Albert Borchardt,  
Hans Janosch, Marika Jungblut,  
Dirk Makowski, Gabi Halili  
Layout  
Lasse Klopstein, Albert Borchardt  
Fotos:

www.pixelio.de, wikimedia commons,  
Archiv Linksfaktionen AC, Archiv KV  
Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE  
NRW  
Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.  
Druck  
Euregio-Druck, 52068 Aachen,  
Dresdener Straße 3  
Auflage  
33.000  
Dank an alle, die das Erscheinen  
dieser Ausgabe möglich gemacht  
haben, und Dank auch an alle, die sie  
in die Welt hinaus tragen.  
Ihr seid toll.  
Nächste Ausgabe: Herbst 2016  
Redaktionsschluss September 2016





## Radschnellweg Aachen – Herzogenrath

Das Thema **Fahrradfahren** wird uns in der **Städteregion** noch **lange beschäftigen**, wird doch gerade über die **Machbarkeitsstudie** für den **Radschnellweg Aachen-Herzogenrath** in den **Ausschüssen der Städteregion** beraten. Über das **Vorhaben** berichtete **WIR** in der **Ausgabe 2/15** ja bereits. **Demnächst** müssen wir als **LINKE** dazu **endgültige Entscheidungen** treffen, **spätestens dann**, wenn über die **verschiedenen Vorschläge** für die **Trasse endgültig abgestimmt** wird.

Deshalb hier ein paar grundsätzliche Überlegungen zum Radfahren: Generell ist Fahrradfahren sehr gesund (Herz- und Kreislauftraining) und "es schont auch die Kniegelenke". Radfahren beansprucht wenig Platz im Straßenraum, es verursacht keine Schadstoffe und es macht keinen Lärm, die Innenstädte werden belebt.

Die heutige Infrastruktur für den Radverkehr in Aachen genügt aber nicht mehr den aktuellen Anforderungen.

Entscheidende Schwachpunkte sind z.B. die zu geringe Breiten der Radwege, schlechter Ausbauzustand, fehlende Möglichkeit

zum Überholen oder Nebeneinanderfahren. Verkehrsregelungen und Ampeln bevorzugen fast immer den Autoverkehr. Es sind neue Konzepte gefragt, um mehr Menschen auf das Fahrrad zu bringen, weg vom Auto. Es müssen Angebote gemacht werden, die das Radfahren bequem und sicher machen.

Hier kommt jetzt das Radschnellwegprojekt ins Spiel: Ab Aachen bis Richterich gibt es zwei Linienführungen, die eine über die Rütscherstr. und dann auf dem alten Bahndamm, schnurgerade über Brücken (Autobahn und Laurensberg) und die zweite Variante über die Wüllner-, Krupp-, Henrici- und Roermonderstraße. Hier müsste der Radweg durch ein Industriegebiet mit erheblichem LKW-Verkehr geführt werden. Dann wird auf der Roermonderstraße im Bereich Laurensberg alle Parkplätze und Bäume im Weg. Denn als Radschnellweg sind drei Meter Breite notwendig, da er links und recht der Straße verlaufen müsste. Es wird auch Probleme mit den vielen Ausfahrten der Anlieger geben.

Die Bahndammstrecke ist sehr verlockend, eine 10 Meter breite Krone, kaum Steigungen, kein Autoverkehr. Die für den 2-Richtungs-Verkehr



vorgeschriebenen vier Meter und der getrennte Fußgängerweg sind problemlos unterzubringen. Allerdings sind drei teure Brücken zu bauen, aber für das umweltfreundlichste Verkehrsmittel sollte diese Investition zu leisten sein.

Hinter Richterich ist ein Radschnellweg über landwirtschaftliche Wege und einen weiteren alten Bahndamm mit der Anbindung an Wohngebiete in Kohlscheid Mitte vorgesehen. Dieser Abschnitt ist für unsere Fraktion unproblematisch.

Der dritte Abschnitt bis Herzogenrath könnte ohne Steigungen dicht an der Bahnstrecke entlang geführt werden oder an der NL-Grenze entlang der Neustraße. Die Verwaltung ist beauftragt

worden, beide Vorschläge noch genauer zu untersuchen.

Zum Schluss noch einmal der Hinweis: das Ganze ist eine Machbarkeitsstudie im Wettbewerb mit anderen Städten in NRW. Sollten wir mit unseren Planungen erfolgreich sein, wird der Bau der Trasse zu 80 bis 100 % vom Land finanziert. Geschätzt werden die Kosten auf 21 Mio Euro.

Zusammen mit 20 anderen Teilnehmern aller Parteien und der Verwaltung habe ich am 8.6. alle Varianten abgeradelt, also buchstäblich erfahren! und mir ein Bild der Situation gemacht.

**Wolfgang Weißhuhn**,  
Sachkundiger Bürger der Fraktion  
DIE LINKE im Städteregionstag

## Ein FinK macht noch lange keine Inklusion

Therapeutische Versorgung in den KiTas vor dem Aus?



**Beschlossen ist die Ablösung der LVR-Finanzierung für therapeutisches Personal in den Kitas schon seit 2014.**

**Erstaunlicherweise regt sich erst jetzt der Unmut vieler Fraktionen in den Kommunen.**

Die unzureichende FinK – Pauschale, welche nun in Kombination mit der Krankenkassenabrechnung das alte Finanzierungssystem ablöst, wurde 2014 mit allen Stimmen der Landschaftsversammlung, gegen die Stimmen der Linksfraktion verabschiedet.

Umso mehr verwundert die Empörung in den verschiedenen kommunalen Fraktionen. Schon in der

Landschaftsversammlung waren die Folgen absehbar gewesen. Nun schlagen die städtischen Kitas Alarm! Die Übergangsfrist läuft in Kürze aus und der städtische Haushalt hat nur noch wenige Ressourcen, die therapeutischen Stellen komplett zu finanzieren. Auch bei den freien Trägern sieht es nicht anders aus. Jetzt müssen die Kinder- und Jugendpolitiker der kommunalen Jugendhileausschüsse entscheiden, in wie weit die therapeutischen Mitarbeiter erhalten werden können.

Bei allen möglichen Szenarien wird es immer eine Entscheidung zu Ungunsten der Mitarbeiter, zu Lasten der Kinder und gegen einen inklusiven Ansatz sein, auf kommunaler Ebene können wir hier nur kleine

Löcher stopfen, die an anderer Stelle wieder aufreißen.

Letztenendes bedarf es der vollständigen Refinanzierung des Personals, welches die Abrechnung mit den Krankenkassen durchführen soll, schlagen wir vor, auch die Beantragung der FinK-Pauschale beim LVR, welche nur durch die Eltern möglich ist, sollte vereinfacht werden.

Bei aller Empörung, die jetzt aus vielen Fraktionen zu hören ist, wird es hierfür keine Mehrheit geben, geschweige denn für eine Rücknahme der Fink-Pauschale und Rückkehr zum alten Finanzierungsmodell.

**Michael Bredohl**,  
Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen



**6. Rotes Sommerfest**  
**24. Juli ab 13 Uhr**  
**Bouleturnier ab 14 Uhr.**  
**Grillhütte Dürwiß**  
**Neben dem Freibad**





### Fortsetzung: **Masterplan 2018 für das MZ Würselen**

Ein mutiges Projekt, das viele Menschen in der StädteRegion bewegt

So wurde im Dezember 2013 ein von Gesellschaftern, Aufsichtsrat und Geschäftsführung des MZ vorgelegter „Masterplan 2018“ im Städteregionstag verabschiedet. Es ging dabei hauptsächlich um Zentralisierung in Bezug auf Akutversorgung am Standort Würselen-Marienhöhe.

Anfang 2015 war erkennbar, dass die planmäßig voranschreitende Umsetzung (Baumaßnahmen, Verbesserung der Abläufe, kurze Wege, interdisziplinärer Zusammenarbeit) greift und der Masterplan 2018 zudem auch zum wirtschaftlichen Erfolg führt.

Im Januar 2016 trat ein Krankenhausstrukturgesetz in Kraft. Laut Bundesgesundheitsminister Gröhe soll es zum Umbau der

Krankenhauslandschaft führen. Kern des Gesetzes ist Qualitätsverbesserung für PatientInnen. Zeitgleich liegt die Weiterentwicklung des „Masterplans 2018“ mit einem weiteren Maßnahmenpaket für das MZ vor. Im Wesentlichen geht es dabei um institutionalisierte fachübergreifende Zusammenarbeit, Bildung medizinischer Schwerpunkte wie unter anderem Wirbelsäulenchirurgie sowie Schaffung der hierzu erforderlichen baulichen Rahmenbedingungen.

Des Weiteren können Betriebskosten reduziert werden durch Abbau von Logistikkosten (u.a. durch Umzug der Klinik für Urologie und der Lungenfachklinik von Bardenberg nach Würselen), der Doppelstruktur mit Instandhaltung, Sanierung sowie Doppelvorhaltungen im medizinischen

Versorgungsbereich (OP-Säle, Untersuchungs-/Behandlungsbereiche, Infrastruktur).

Die Option, die Abteilungen medizinischer Versorgung im MZ Würselen zusammenzuführen, ist Ergebnis intensiver Beratungen über Handlungsoptionen, Lösungen, geeignete Perspektiven und Abwägungsprozesse.

Die dringend benötigten finanziellen Zuwendungen (Landes- und Bundesmittel) sind mit guten Erfolgsaussichten beantragt worden.

Die Sorgen der Bardenberger Einwohner und Einwohnerinnen eine Einschränkung mit der Zusammenlegung der medizinischen Versorgungsabteilungen in ihrem Lebensraum hinnehmen zu müssen, sind ernst zu nehmen. Für den Standort Bardenberg wird

geprüft, eine Aus- und Weiterbildungseinrichtung (Alten-/Kranken-/Kinderkrankenpflege mit voraussichtlich 500 Ausbildungsplätzen) in Trägerschaft der Städteregion und des MZ zu schaffen.

Des Weiteren sind Einrichtungen für betreutes Wohnen, altersgerechte Miet- und Eigentumswohnungen, ein Ärztehaus sowie integriert ein Supermarkt beabsichtigt. Das soll durch den Verkauf von Grundstücken in Bardenberg ermöglicht werden. Alle Beteiligten sind weiterhin gefordert, eine zukunftsfeste Lösung zu finden, mit der alle zufrieden sein können.

#### **Helga Ebel,**

*Mitglied des Städteregionstags Aachen und dort gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*



## Das Bundesteilhabegesetz - Entwurf zur Exklusion?

**Breits im Jahre 2009 ratifizierte Deutschland die**

**UN-Behinderttenrechtskonvention. Aufgrund der schlechten Ergebnisse der Überprüfung durch die Kontrollinstanz, der UN-Monitoringstelle, zur Einhaltung der Konvention sollte nun durch die Bundesregierung unter anderem eine Teilhabe durch ein Bundesteilhabegesetz gewährleistet werden.**

Die Bundesregierung verfolgt mit

dem Bundesteilhabegesetz unter anderem das Ziel, die Vorgaben des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Der Referentenentwurf aus dem Ministerium von Frau Nahles (SPD) ist nun seit Anfang Mai raus. Nachdem der geheime Arbeitsentwurf bereits zu Beginn des Jahres an die Öffentlichkeit gedrungen war, liefen Betroffene und Verbände Sturm gegen die geplanten Maßnahmen.

Der Referentenentwurf hat entge-

gen aller Erwartungen eine Teilhabe von behinderten Menschen nicht wirklich hervorgebracht.

Im Rahmen der nur kurzzeitigen Verbändeanhörung wurde auf Kernprobleme des Gesetzesvorhabens hingewiesen, ohne deren Abhilfe es sich mehr um ein Bundes-DRAUSSEN-BLEIB-Gesetz handelt.

So erfolgt auch weiterhin eine derartige Vermögensanrechnung, wenn auch leicht angehoben, sowohl für Menschen mit Behin-

derung als auch für Ehepartner, so dass ein Ansparen für teurere Hilfsmittel mit Zuzahlung oder gar gegen Altersarmut nicht möglich ist.

Auch wird der Personenkreis, der künftig noch Hilfen der Eingliederung bekommen kann, drastisch reduziert.

So erhält nur derjenige eine Leistung, bei dem in mindestens fünf der vordefinierten sieben Lebensbereiche nicht ohne eine personelle oder technische Unterstützung eine Teilhabe möglich ist, oder wer in mindestens drei Lebensbereichen dies auch nicht mit personeller oder technischer Unterstützung erreicht.

„Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit den schwächsten Mitgliedern umgeht.“

(Helmut Kohl)

Das Schicksal einer Behinderung wurde von den Betroffenen nicht selbst gewählt. Eine Benachteiligung gegenüber anderen darf nicht der Anspruch unserer Gesellschaft sein.

#### **Lara Basten,**

*Landschaftsversammlung Rheinland*

ES GEHT ERNEUT AUF DIE STRASSE  
GEGEN TTIP & CETA

JETZT VORMERKEN!

**17. SEPT.  
7 DEMOS**

ZEITGLEICH IN BERLIN, HAMBURG,  
FRANKFURT/MAIN, KÖLN, LEIPZIG,  
MÜNCHEN UND STUTTGART!

**STOP  
TTIP  
CETA**

WWW.TTIP-DEMO.DE

**DEMO**

### Im Herbst erneut auf die Straße gegen CETA&TTIP!

Nachdem schon im Herbst 2015 in Berlin eine viertelmillion Menschen und im April 90.000 in Hannover gegen die undemokratischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA protestierten, ruft der bundesweite Trägerkreis aus 26 Organisationen zu sieben bundesweiten Großdemonstrationen am 17. September 2016 auf.



## Geht nicht gibt's nicht!

Zur Debatte um einen fahrscheinlosen Nahverkehr

**Fangen wir einfach mit dem Ist-Zustand an: Das Angebot an Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) ist in der Aachener Innenstadt gut, verschlechtert sich aber, wenn man immer weiter in die Peripherie kommt und endet mit dem Bus in der Eifel, der zweimal am Tag eine Bushaltestelle ansteuert.**

Werktags ist ein Bus oder eine Bahn über Tag gut zu erreichen. Frühmorgens, abends oder am Wochenende wird das Angebot aber schon deutlich dünner. Dann zu den Preisen: Es gibt eine Vielzahl an Tages- oder Zeitkarten. Ist man Schüler oder Student, kann man günstig fahren. Als Arbeitnehmer muss man schon Glück haben, wenn der Arbeitgeber groß oder vorausschauend genug ist, ein Jobticket beim Aachener Verkehrsverbund zu bestellen. Ansonsten wird es teuer, und Einzelfahrscheine sind ohnehin eher abschreckend. Dazu kommt die regelmäßige Erhöhung aller Tickets, in der Regel um die 3% pro Jahr.

Von sinkenden Ölpreisen profitiert erst mal nur der Autofahrer, und der findet sich dann auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen im Stau wieder, weil alle anderen Autofahrer auch ihren PKW bevorzugen. Das Fahr-

rad ist eine gute Alternative, gesund und ökologisch, aber leider kein Fortbewegungsmittel für jede Jahreszeit.

Wieviel und zu welcher Qualität ÖPNV bereitgestellt wird, wo sie ihre Prioritäten einsetzt und wohin welche öffentlichen Mittel fließen entscheidet die Gesellschaft. In der Schweiz ist die kleinste Nebenbahn mit dem IC-Schnellverkehr systemisch verknüpft.

Dies ist von breiten Teilen der Bevölkerung so gewollt – in Deutschland wird das schon schwieriger. Vielleicht wirkt sich bei den Eidgenossen auch aus, dass die Automobilindustrie keine bedeutende Rolle spielt.

Ein Anfang, die Prioritäten anders zu setzen, wäre die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs. Um einem Irrtum vorzubeugen: Diese bedeutet nicht zwangsläufig, dass man umsonst Bus und Bahn fahren kann:

Löhne, Gehälter, Diesel, Strom und Investitionen in Fahrzeuge und Gleise sind notwendig und müssen finanziert werden.

Aber durch eine solidarische Finanzierung über ein gleichmäßiges Entgelt könnte man mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen:

Für den Großteil der bisherigen ÖPNV-Nutzer wird es günstiger, mehr Leute steigen um in den

umweltfreundlicheren Nahverkehr, es stünden Mittel für Investitionen in neue Fahrzeuge und Linien bereit (zusätzliche Arbeitsplätze!), und selbst eingefleischte Autofahrer hätten einen Nutzer: Die Straßen werden leerer, und die Suche nach einem Parkplatz in der Innenstadt gerät nicht mehr zum Abenteuerurlaub.

Klingt utopisch, wurde und wird aber bereits ausprobiert: Im belgischen Hasselt gab es bis vor kurzem sogar die Null-Variante (hier bezahlte die Provinz den Großteil des Verkehrs, außerdem fielen die Ausgaben für Straßeneubau weg). Seit einiger Zeit kostet die Busfahrt wieder den symbolischen Preis von 50 Cent. In französischen Kommunen erlaubt eine besondere Abgabe den entgeltfreien Verkehr, z.B. in Aubagne in Südfrankreich. In der

estnischen Hauptstadt Tallinn, fährt es sich seit Jahren auch für „lau“. In der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt wird eine Abgabe für Erwachsene geprüft, die nicht mehr als 20€ im Monat kosten soll, aber dafür die Nutzung von Bus und Bahnen rund um die Uhr erlaubt. Der Fraktionsvorsitzende der Erfurter Linken, Matthias Bärwolff, erläuterte im April dieses Modell in einer Veranstaltung in Aachen.

Durchgerechnet und solide ist das Konzept. In der Region Aachen wird es Zeit, darüber nachzudenken, dass eine Idee, die vielleicht auf den ersten Blick befremdlich wirkt, viele Vorzüge bietet würde. Und wenn man sie will, geht es auch.

**Harald Siepman,**

Fraktion DIE LINKE im Städtereisestag



© Stefan Bayer, pixelio.de



## Mobilität für alle?

**Zu einer guten Stadtplanung gehört Mobilität für alle, sei es mit dem Auto, dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrrad oder zu Fuß. Nicht Konsolidierung des ÖPNV-Angebotes darf das Ziel sein, sondern dessen Ausbau, dies auch vor dem Hintergrund der Inklusion.**

Um den Anteil des ÖPNV zu steigern, muss dessen Attraktivität verbessert werden. Wenn aber

darunter eine dichte Taktung, günstige Preise, gut ausgebaute Bushaltestellen und moderne Fahrzeuge verstanden werden, sind Grundtaktverlängerungen der falsche Weg

Zum Fahrplanwechsel im Juni wird dies jedoch im Eschweiler Wohngebiet Vöckelsberg der Fall sein. Von einem Halbstunden-Takt wird die Busfahrt zu einem 60-Minuten-Grundtakt verlängert. Es folgt der Hinweis, weiterhin im Halbstunden-Takt ab der Haltestelle Südstraße fahren zu

können. Für Menschen mit Handicap, insbesondere mit einem Gehhandicap, bedeutet dies eine deutliche Verschlechterung. Wie soll eine Wegstrecke von 500 oder gar 800 Metern zu Fuß bewältigt werden, und dies ohne eine Möglichkeit sich auszuruhen? Die Folge: entweder sich dem Stunden-takt anpassen oder aber auf die Fahrt verzichten.

Sieht so ein attraktives ÖPNV-Angebot aus? DIE LINKE.Eschweiler meint nein und fragte bei den Bürgerinnen und Bürger einmal nach.

Bei der Befragung gab es zwei Kernzeiten mit erhöhtem Bedarf. Einmal zwischen 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 15 bis 19 Uhr. Wieso kann in diesen Zeiten nicht ein Halbstundentakt angeboten werden?

Teilen Sie uns ihre Meinung, ihre Erfahrungen mit. Wie kann der ÖPNV in ihrem Stadtteil verbessert werden?

**Albert Borchardt,**

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler



## „Diese Wirtschaft tötet – Menschlichkeit statt Kapitalismus“

Bericht der Fraktion vor Ort Veranstaltung am 04. Mai 2016 in Aachen



Das Podium v.l.n.r.: Franz Segbers (christlicher Sozialethiker), Andrej Hunko (Bundestagsabgeordneter DIE LINKE, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE), Claudia Haydt (Mitglied des Vorstands der Europäischen Linken) und Raul Zelik (Schriftsteller und Politikwissenschaftler)

**Unter dem Motto "Diese Wirtschaft tötet" diskutierten am Vorabend der traditionellen Karlspreisverleihung knapp 100 Aachenerinnen und Aachener im Rahmen einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit dem katholischen Sozialethiker Franz Segbers, mit dem Lateinamerika-Experten Raul Zelik und dem Vorstandsmitglied der Europäischen Linken Claudia Haydt über die diesjährige Karlspreisverleihung an Papst Franziskus.**

Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko ging in seiner Eröffnungsrede auf die lange Protesttradition in Aachen bei den Preisverleihungen ein, die angesichts des rechtskonservativen Europabildes des Karlspreisgremiums wenig verwunderlich sei. So hätten alle Unterzeichner der "Römischen Verträge" diesen Preis erhalten – außer dem französischen Außenminister Christian Pineau, der als Mitglied der Resistance, als KZ-Häftling in Buchenwald und später im Kalten Krieg als Vertreter einer Entspannungspolitik gegenüber dem Osten bis zu seinem Tod 1995 ebenso wie Willy

Brandt ein rotes Tuch für das Gremium blieben.

### Neoliberaler Kapitalismus als Ersatzreligion

Die Impulse des diesjährigen Karlspreisträgers wurden unter den Aachener Karlspreiskritikern jedoch überwiegend positiv bewertet. Man verstehe die Veranstaltung deshalb als kritische Vertiefung, nicht als Protest gegen Papst Franziskus. Antikapitalistische Aussagen wie "Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben" würden auf volle Zustimmung der Linken treffen. Franziskus' Kritik an einem "Europa, das sich nur um die Wirtschaft dreht" können man auch als Kritik an der bisherigen Auszeichnungspraxis des Karlspreises verstehen, die in den letzten Jahren vor allem die neoliberale Austeritätspolitik der EU flankierte.

Professor Franz Segbers machte in seinem Beitrag die Dimension des Paradigmenwechsel deutlich, die mit den antikapitalistischen Impulsen von Papst Franziskus einhergehe. DIE LINKE müsste den Papst als mächtigen

Verbündeten sehen, der hunderte Millionen Menschen erreiche. Er erinnerte an die Worte, die auch im rheinland-pfälzischen Wahlkampf plakatiert wurden: "Wenn die Politik wirklich den Menschen dienen soll, darf sie nicht Sklave der Wirtschaft und Finanzwelt sein." Obgleich unsere Gesellschaft sich als religionslos sehe, wäre der neoliberale Kapitalismus zu einer Ersatzreligion geworden.

### Würde des Menschen mit Füßen getreten

Raul Zelik behandelte in seinem Beitrag an die großen sozialen Bewegungen in Lateinamerika, die in einige Ländern zu linken Regierungen geführt haben. Er beschrieb seine eigenen Erfahrungen aus Kolumbien, wo er als Professor für Politikwissenschaften lehrte. Er erinnerte an katholische Befreiungstheologen wie Camilo Torres, die sich angesichts der existierenden Gewaltverhältnisse auch bewaffneten Gruppen angeschlossen hatten. Der Zyklus der sozialen Bewegungen in Lateinamerika sei jedoch gegenwärtig im Rückzug und die linken Regierungen in der Krise. Dies hänge auch mit dem nur sehr eingeschränkten Bruch mit den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen zusammen, etwa der nach wie vor starken Abhängigkeit von den eigenen Rohstoffen.

Claudia Haydt analysierte in ihrem Beitrag die Rede des Papstes vor dem EU-Parlament. Diese sei ein Schlag ins Gesicht der gegenwärtigen EU gewesen. Die Würde des Menschen würde durch die neoliberale Struktur der gegenwärtigen EU tagtäglich mit Füßen getreten, sowohl durch die Abschottungspolitik an den Außengrenzen als auch durch die Austeritätspolitik. Der soziale Aufbruch in Griechenland sei durch die Troika gnadenlos niedergeschlagen worden. Auch Haydt sieht viele Aussagen des Papstes als Ermutigung sich gegen diese Politik zu wehren.

**Vanessa Heeß**, Büro Andrej Hunko MdB

## Michael Kaeser im Interview

**Hallo Michael, bei der Jahreshauptversammlung der Partei DIE LINKE (Städteregion Aachen) im Februar diesen Jahres wurde der Vorstand neu gewählt. Du bist als Sprecher gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch.**

Danke, Christian Gengenbach stand aufgrund eines Umzugs nicht mehr als Kreissprecher zur Verfügung. Die Kreissprecherin Agi Schwedt wurde bestätigt und ich als Kreissprecher neu gewählt.

### Warum hast du kandidiert?

Seit meiner Jugend setze ich mich für eine gerechte, soziale und friedliche Gesellschaft

ein. Leider haben die sozialen Verhältnisse sich zuerst langsam, im letzten Jahrzehnt aber mit atemberaubender Geschwindigkeit verschlechtert. Ich sage nur „Agenda 2010“. Die Auswirkungen der so genannten „Hartzgesetze“ sind auf politischer und insbesondere sozialer Ebene in der gesamten Bundesrepublik deutlich zu spüren. Eine Gesellschaft, die sich nicht um ihre Mitglieder kümmert, der es egal ist, wenn Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen, kann ich nicht hinnehmen.

### Wie schätzt du die Situation unserer Partei ein?

DIE LINKE ist gefestigt und eine politische

Kraft geworden. Der Kreisverband DIE LINKE in der Städteregion Aachen ist einer der Mitgliederstärksten in NRW und darüber hinaus haben wir es geschafft, in fast allen Räten der Städteregion vertreten zu sein.

Mit der Gründung der Partei DIE LINKE haben wir das Parteiensystem in der Bundesrepublik verändert. Gründungsanlass waren die oben genannten „Hartzgesetze“, die die Schröder/Fischer Regierung durchgesetzt hatten. Viele Menschen waren wütend und wendeten sich von der SPD ab. Protestwähler stimmten für DIE LINKE, die sich für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit stark machte. Dies hat sich geändert. Mit dem Aufstieg der AfD hat sich



Michael Kaeser

das Spektrum der politischen Diskussion weit nach rechts verschoben. Die berechtigte Wut über Missstände in der Bundesrepublik wird rassistisch kanalisiert und gegen die Schwächsten gerichtet. Das Grundübel, der neoliberale Kurs, wird jedoch nicht in Frage gestellt, sondern sogar verstärkt.

**Wird sich die Politik von links durchsetzen können?**

Ja, die Hoffnung habe ich. Jetzt geht es darum

den Menschen zu verdeutlichen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die für ein solides und gutes Zusammenleben für alle einsteht. Dies ist in einem der reichsten Länder der Erde keine Träumerei.

Alle, die mit offenen Augen durch die Gegend gehen, sehen, dass es immer mehr Menschen gibt, die von ihrem Einkommen nicht ordentlich leben können. Die Flaschen sammeln müssen oder obdachlos sind.

Viele konkurrieren um bezahlbaren Wohnraum,

alleinerziehende Mütter und Väter sind auf Leistungen durch den Staat angewiesen und werden, wie unglaublich viele Menschen, von Altersarmut betroffen sein.

Und es wird immer schlimmer. Um dies zu ändern, ist ein Umdenken in unserer Gesellschaft notwendig. Dazu sollten wir als Linke einen empathischen, aufklärerischen linken Populismus entwickeln, der die Menschen abholt und mitnimmt. Wir sollten eine einfache und klare Sprache sprechen, die Missstände aufzeigt und Verantwortlichkeit benennt.

Ein Beispiel: Religion spielt in meinem Leben nicht wirklich eine Rolle, aber wenn Papst Franziskus\* Unternehmer, „die Menschen zu einem Hungerlohn arbeiten zu lassen, um selbst Profit daraus zu ziehen, vom Blut dieser Menschen leben.“ als „Blutsauger“ bezeichnet, die Menschen zu „Arbeitsklaven machen“, kann ich ihm nur zustimmen.

**Michael, ich bedanke mich für das Gespräch.**

Das Gespräch führte Cadgas

\* Radio Vatikan am 19.05.2016



**Frühstück für alle ! - ... und keiner is(s)t allein**

**Frühstück im Linken Zentrum Aachen, jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 14 Uhr Sommerpause im Juli und August**

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.

Mieterberatung  
jeden Montag von 17:00 bis 19:00 Uhr.  
Sozialberatung  
jeden Mittwoch von 15:00 bis 17:00 Uhr

Linkes Zentrum Aachen  
Augustastraße 69



**DIE LINKE.**  
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen  
Augustastraße 69, 52070 Aachen

**Adresse**

DIE LINKE Städteregion Aachen  
Augustastraße 69, 52070 Aachen  
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de  
www.dielinke-aachen.de  
Tel. 0241-9902531  
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum  
Augustastraße 69, 52070 Aachen  
Tel. 0241-99063820  
Öffnungszeiten:  
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter  
<http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.



## Adressen

**Fraktion DIE LINKE  
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,  
Tel.: 0241 / 5198 3305  
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen  
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-  
aachen.de  
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
1. OG, Raum 139 52062 Aachen  
Tel.: (0241) 432-7244  
Fax: (0241) 41354-17244  
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de  
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus – Mariastraße 2 – 2. OG- Raum 214 –  
52499 Baesweiler – Tel.: 02401-800-214  
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de  
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1  
52249 Eschweiler | Rathaus, Raum 177  
Telefon: 02403/71-509  
Fax: 02403/60999-207  
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de  
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde  
Montag, Dienstag und Donnerstag: 15 - 17 Uhr  
Freitag 10 - 12 Uhr

**Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105,  
Tel.: 02406 / 83121  
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de  
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com  
Postadresse: Fraktion DIE LINKE  
Im Rat der Stadt Herzogenrath  
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath  
Bürgersprechstunde jeden Montag  
18:00 bis 19:00 Uhr

**DIE LINKE  
im Rat der Stadt Würselen**

Yvonne Frei  
Rathaus – Morlaixplatz 1 – 52146 Würselen –  
Tel.: 02405-67-0 / 02405-4290117  
Mail: yvonne.frey1964@t-online.de

**Fraktion DIE LINKE  
im Rat der Stadt Stolberg**

Rathaus | Rathausstr. 11-13 | 52222 Stolberg  
1.OG, Raum 109, Tel.: 02402 / 13484  
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de  
www.dielinke-stolberg.de  
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag  
15:00 bis 17:30 Uhr

**LVR-Fraktion DIE LINKE**

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln  
Postanschrift: LVR, 50663 Köln  
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663  
eMail: die.linke@lvr.de

**Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB**

Südstraße 53/55, 52064 Aachen  
Telefon 0241 / 990 682-50  
Telefax 0241 / 990 682-51  
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de  
www.andrej-hunko.de  
Sprechzeiten: Montags 13 bis 15 Uhr,  
Donnerstags 17 bis 19 Uhr  
und nach Vereinbarung  
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko  
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr



Fortsetzung:  
Für den Erhalt der Schwalbenschule  
Solidarität mit der Elterninitiative

Michael Kaeser,  
als Sprecher der  
Partei DIE LINKE  
im Kreisverband:

„Für dieses große Engagement  
kann den Kesternicher- und  
Simmerather EinwohnerInnen nicht  
genug gedankt werden. Eine Auf-  
lösung des Schulstandortes  
widerspricht dem Prinzip ‚kurze  
Beine, kurze Wege‘. Der Schulweg  
würde ohne Not verlängert  
werden. Schulen gehören zur  
Daseinsvorsorge. Unsere Kinder  
sind uns mehr wert, als dass  
sie zum Objekt betriebswirtschaft-  
licher Erwägungen werden“.

Als Mitglied der Linken in  
Simmerath bekräftige ich weiter:

Wir sprechen uns dafür aus, freie  
räumliche Kapazitäten für die Ein-  
richtung kleinerer Klassen und für  
neue pädagogische Konzepte zu  
nutzen. Wir sind gerne bereit, die  
Initiative aktiv zu unterstützen,  
und halten den Ratsmitgliedern,  
die das Anliegen der Initiative  
bisher abgelehnt haben, mit  
einem Zitat von Max Frisch ent-  
gegenhalten: ‚Demokratie heißt,  
dass sich die Leute in ihre eigen-  
en Angelegenheiten einmischen‘  
und: Sind die berechtigten  
Interessen der Simmerather nicht  
auch Ihre Sache?

**Dieter Seidel,**  
Sachkundiger Bürger der Fraktion  
DIE LINKE im Städteregionstag

**DIE LINKE radelt  
Etappe Aachen - Raeren**

**13. August 2016 - 11.00-16.00 Uhr**  
**Treffpunkt Bahnhof Rothe Erde**

Vom Treffpunkt Bahnhof Rothe Erde fahren wir zur  
ehemaligen Abteistadt Kornelimünster, die mit einer  
mittelalterlichen Kulisse aufwartet und der Kunst-  
sammlung NRW. In Walheim können am Bahnhof noch  
alte Dieselloks bestaunt werden. Abwechslungsreich  
geht es dann durch Wald- und Wiesenlandschaft zum  
Endpunkt der Etappe weiter bis zum alten Bahnhof in  
Raeren.



Ihre Meinung ist uns wichtig!

**eMail:**  
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

**postalisch**  
Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag  
Stichwort "Leserbrief"  
Haus der Städteregion  
Zollernstraße 16  
52070 Aachen



**Petition unterschreiben: [change.org/containern](http://change.org/containern)**

**[aachencontainert.blogspot.de](http://aachencontainert.blogspot.de)**